



# HESSEN

## Bericht aus Brüssel

15/2026 vom 03.08.2026

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union

21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel

Tel.: 0032.2.739.59.00

E-Mail: [hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de](mailto:hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de)

## **Inhaltsverzeichnis<sup>1</sup>**

|                                      |    |
|--------------------------------------|----|
| Außen- und Verteidigungspolitik..... | 3  |
| Wirtschaft.....                      | 3  |
| Energie.....                         | 4  |
| Digital.....                         | 4  |
| Forschung.....                       | 5  |
| Finanzdienstleistungen.....          | 6  |
| Finanzen.....                        | 6  |
| Soziales.....                        | 7  |
| Landwirtschaft und Umwelt.....       | 7  |
| Justiz.....                          | 8  |
| Inneres.....                         | 9  |
| Vorschau.....                        | 10 |

---

<sup>1</sup> Redaktionsschluss ist am 29.07.2026

### **Rat; 21. Sanktionspaket gegen Russland angenommen**

Der Rat hat am 23.07.2026 das 21. Sanktionspaket gegen Russland als Reaktion auf den Angriffskrieg gegen die Ukraine angenommen. Damit wird die seit vier Jahren größte Anzahl einzelner Personen und Organisationen in die Sanktionsliste aufgenommen. Insgesamt handelt es sich um 218 Aufnahmen, darunter 48 Personen und 170 Organisationen. Erfasst werden u.a. 94 Banken und Krypto-Anbieter, mehr als 40 Schiffe der russischen Schattenflotte sowie mehr als 50 Unternehmen des militärisch-industriellen Komplexes, die maßgeblich an der Produktion der russischen Langstrecken-Drohnen beteiligt sind. Die automatische Anpassung der Ölpreisobergrenze wird bis zum 15.07.2027 ausgesetzt. Darüber hinaus sanktioniert der Rat 18 Einrichtungen und eine Person im Ölsektor, darunter drei Raffinerien in Russland und eine große belarussische Ölraffinerie. Der Beschluss des Rates schafft ferner die Grundlage für ein umfassendes Verbot der Erteilung von Visa an Kombattanten und ehemalige Kombattanten der russischen Streitkräfte und anderer Stellvertretergruppen, die am Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine beteiligt sind.

<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions-against-russia/>

## Wirtschaft

### **Kommission; Neue Leitlinien zur Verbesserung des Zugangs von Unternehmen zu Europas Spitzenforschungs- und Technologieinfrastrukturen**

Die Kommission hat am 28.07.2026 eine neue „Charta für den Zugang industrieller Nutzer zu Forschungs- und Technologieinfrastrukturen“ verabschiedet, die darauf abzielt, Unternehmen die Nutzung der erstklassigen Forschungs- und Innovationseinrichtungen Europas zu erleichtern und zu beschleunigen. Die Initiative soll Unternehmen, insbesondere Start-ups, Scale-ups sowie kleine und mittlere Unternehmen, dabei unterstützen, besseren Zugang zu hochmodernen Labors, Pilotanlagen, Testumgebungen und großen wissenschaftlichen Instrumenten zu erhalten. Durch die Verbesserung des Zugangs zu diesen Dienstleistungen könnten die neuen Leitlinien Unternehmen dabei helfen, neue Technologien, Produkte und Dienstleistungen effizienter zu entwickeln, zu testen und zu validieren, um diese schneller auf den Markt bringen zu können. Dies soll im Einklang mit der EU-Strategie für Start-ups und Scale-ups die Innovationsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit Europas stärken.

[https://research-and-innovation.ec.europa.eu/news/all-research-and-innovation-news/new-charter-boosts-access-companies-cutting-edge-research-and-technology-infrastructures-europe-2026-07-28\\_en](https://research-and-innovation.ec.europa.eu/news/all-research-and-innovation-news/new-charter-boosts-access-companies-cutting-edge-research-and-technology-infrastructures-europe-2026-07-28_en)

### **Kommission; Projekte zur Förderung im Rahmen der „Battery Booster Facility“ gesucht**

Die Kommission hat am 28.07.2026 eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen der „Battery Booster Facility“ veröffentlicht, mit welchem zinslosen Darlehen in Höhe von bis zu 1,5 Mrd. EUR zur Unterstützung von Projekten zur Herstellung von Batteriezellen im gesamten Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) bereitgestellt werden. Die Fazilität wird über den Innovationsfonds finanziert, der aus den Einnahmen des EU-Emissionshandelssystems gespeist wird. Anträge können bis zum 30.09.2026 eingereicht werden.

[https://single-market-economy.ec.europa.eu/calls-proposals/battery-booster-facility-call-proposals\\_en](https://single-market-economy.ec.europa.eu/calls-proposals/battery-booster-facility-call-proposals_en)

## Energie

### **Kommission; Leitlinien für Beihilfen für CO<sub>2</sub>-Differenzverträge (CCfD) veröffentlicht**

Die Kommission hat am 17.07.2026 Leitlinien veröffentlicht zur Ausgestaltung von Beihilferegulungen für CCfDs im Einklang mit den Leitlinien für staatliche Beihilfen im Bereich Klima, Umweltschutz und Energie (CEEAG). Ziel ist es, die Mitgliedstaaten bei der Einrichtung solcher Beihilferegulungen im Einklang mit den EU-Vorschriften zu unterstützen [https://competition-policy.ec.europa.eu/document/download/42330cc4-d31e-41cf-ae35-3db7ab933331\\_en?filename=20260717\\_guidance\\_on\\_carbon\\_contracts\\_for\\_difference.pdf](https://competition-policy.ec.europa.eu/document/download/42330cc4-d31e-41cf-ae35-3db7ab933331_en?filename=20260717_guidance_on_carbon_contracts_for_difference.pdf)

### **Kommission; Aktionsplan zur Elektrifizierung**

Am 17.07.2026 hat die Kommission ihren Elektrifizierungs-Aktionsplan veröffentlicht. Der Plan konzentriert sich darauf, die Preisdifferenz zwischen Strom und fossilen Energieträgern zu verringern und Anreize für die europaweite Einführung sauberer, strombasierter Technologien wie Wärmepumpen, Elektrofahrzeuge und Batterien zu schaffen. Der Aktionsplan zielt darauf ab, gleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen Strom und Gas herzustellen. Die Preisdifferenz zwischen beiden schreckt oft von der Umstellung auf sauberere Optionen wie Wärmepumpen, Elektrofahrzeuge und elektrische Industrieprozesse ab. Um dem entgegenzuwirken, soll der Vorschlag zur Zukunftssicherung der Stromrechnungen in der EU die Mitgliedstaaten in die Lage versetzen, die Netzentgelte für bestimmte Verbrauchergruppen und die Steuern für energieintensive Unternehmen zu senken. Er fördere zudem den schnelleren Einsatz intelligenter Zähler, die es den Verbrauchern erleichtern sollen, bei ihren Energiekosten zu sparen. Der Vorschlag zielt außerdem darauf ab, sicherzustellen, dass Strom nicht stärker besteuert wird als Gas. [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip\\_26\\_1596](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_26_1596)

## Digital

### **Kommission; Start der öffentlichen Konsultation zum CADA**

Im Rahmen der „KI-Kontinent“-Initiative hat die EU-Kommission am 03.07.2026 mit dem Cloud and AI Development Act (CADA) einen Verordnungsvorschlag vorgelegt, mit Hilfe dessen die Lücke bei den Cloud- und KI-Infrastrukturkapazitäten in Europa geschlossen werden soll. Interessierte Stakeholder können bis zum 23.09.2026 Feedback geben. [https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14628-KI-Kontinent-neuer-Rechtsakt-uber-Cloud-und-KI-Entwicklung\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14628-KI-Kontinent-neuer-Rechtsakt-uber-Cloud-und-KI-Entwicklung_de)

### **Kommission; Dritte Tagung des Handels- und Technologierates zwischen der EU und Indien**

Am 15.07.2026 tagte der Handel- und Technologierat (TTC) zum dritten Mal zwischen der EU und Indien. Aufbauend auf der gemeinsamen umfassenden strategischen Agenda EU-Indien, die während des 16. Gipfeltreffens im Januar angenommen worden ist, soll die strategische Partnerschaft weiter ausgebaut und gestärkt werden. Konkret soll u.a. die Zusammenarbeit in den Bereichen Halbleiter, Hochleistungsrechner, Quantentechnologien, künstliche Intelligenz und 6G intensiviert werden. Zusätzlich sollen digitale Vertrauensdienste interoperabel gemacht und gegenseitig anerkannt werden. Auch die Mobilität qualifizierter IKT-Fachkräfte soll verbessert werden. Die drei TTC-Arbeitsgruppen arbeiten nun an den vereinbarten Maßnahmen. [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_26\\_1627](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1627)

### **Kommission; verhängt eine Geldbuße gegen Google im Rahmen des DMA**

Die Kommission hat am 23.07.2026 eine Geldbuße gegen Google in Höhe von 890 Mio. EUR verhängt. Hintergrund ist, dass die Online-Suchmaschine Google Search in 2023 als Torwächter nach DMA eingestuft wurde und im März 2024 entsprechende Untersuchungen

hinsichtlich möglicher Selbstbevorzugung und Steering-Regeln eingeleitet wurden. In ihren Untersuchungen kam die Kommission zum Schluss, dass Google gegen die Vorgaben aus dem Gesetz über digitale Märkte verstößt: zum einen bevorzuge Google eigene Dienste in der Google-Suche und hindere zum zweiten App-Entwickler, Angebote frei zu kommunizieren, zu bewerben und Wahlfreiheit bei der Wahl der Vertriebskanäle zu haben („Steering“-Verbot). Die Kommission betont, dass diese Praktiken Wettbewerber benachteiligen und Innovation behindern. Google wurde aufgefordert, die Verstöße umgehend einzustellen und den Beschlüssen der EU-Kommission innerhalb von 60 Tagen nachzukommen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_26\\_1670](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1670)

## F o r s c h u n g

**Kommission; Horizont Europa, Verbundforschung, Kultur- und Demokratieforschung,**  
Im Bereich der Verbundforschung von Horizont Europa, dem Forschungsrahmenprogramm der EU, hat die Kommission im Programmausschuss vom 09.07.2026 des Clusters für Kultur und Demokratie (Cluster 2) auf relevante Fördermöglichkeiten für exzellente Projekte hingewiesen. Noch bis 23.09.2026 werden Bewerbungen für exzellente Projektkonsortien (mindestens drei Forschungsakteure bzw. Hochschulen) entgegengenommen. Die Kommission hat gemeinsam mit den Mitgliedstaaten eine Reihe von Ausschreibungsthemen erarbeitet, die für Projekte aus dem Bereich der Kultur- und Demokratieforschung interessant sind. U.a. sind Einreichungen zu folgenden Themen möglich: Analyse des Migrationspaketes der EU, Forschung zu Gewalt gegen Frauen und die LGBTIQ-Gemeinschaft, Medienkompetenz, demokratische Resilienz nach Konflikten, sprachliche Vielfalt in Europa, Integrität von Wahlprozessen, europäisches Sozialstaatsmodell sowie Einbindung der Geistes- und Sozialwissenschaften in die Forschung, globale Partnerschaften im Kulturbereich und Kulturwirtschaft in Zeiten von generativer KI und der Schutz Kulturellen Erbes (bei illegalem Handel).

<https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/calls-for-proposals?callIdentifier=HORIZON-CL2-2026-01&isExactMatch=true&status=31094501,31094502,31094503&order=DESC&pageNumber=1&pageSize=50&sortBy=startDate>

### **Kommission; Horizont Europa, Forschungsrat, ERC, Arbeitsprogramm 2027**

Am 20.07.2026 hat der Europäische Forschungsrat (ERC) sein Arbeitsprogramm für das Jahr 2027 veröffentlicht. Auf dieser Basis sind Bewerbungen um renommierte Förderungen (Grants) für exzellente Forschungsvorhaben möglich. Der ERC ist eine fest etablierte Förderlinie in der ersten Säule des Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa und finanziert herausragende Forschungsvorhaben. Das nun veröffentlichte Arbeitsprogramm definiert Fördermodalitäten, Budget, Ausschreibungszeiträume sowie Regeln zur Förderung. Zeiträume der Teilnahmeberechtigung (Eligibility Windows) bei Starting und Consolidator Grants wurden nunmehr erweitert, d.h. Verlängerungsoptionen bleiben bestehen. Eine weitere Neuerung ist die Beschränkung der Wiedereinreichung bei Synergy Grants und ERC Plus Grants. Fortgeführt wird die Abgrenzung der beiden inhaltlichen Teile des Antrags in einen fünfseitigen Teil I (B1) zur wissenschaftlichen Idee und den Zielen sowie dem nur noch sieben seitigen Teil II (B2), der sich auf Umsetzung und Methodik konzentriert. Die erste Ausschreibung des neuen Arbeitsprogramms zum Starting Grant 2027 wurde am 22.07.2026 geöffnet und läuft bis zum 14.10.2026.

<https://erc.europa.eu/news-events/news/new-erc-work-programme-sets-out-2027-funding-opportunities>

## Finanzdienstleistungen

### **Kommission; Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Bankensektors und zur Förderung des Wachstums**

Am 17.07.2026 hat die Kommission ihre Mitteilung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Bankensektors vorgestellt. Hierbei stehen aus Sicht der Kommission drei Bereiche im Vordergrund. Erstens: Beseitigung von Hindernissen für grenzüberschreitende Bankgeschäfte und Förderung der Marktintegration. Zweitens: Umsetzung internationaler Standards unter Berücksichtigung der Besonderheiten der EU und des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit. Die EU bekennt sich hierbei weiterhin zur Anwendung internationaler Standards, wobei die Besonderheiten des EU-Bankensektors besser berücksichtigt werden sollen, um international gleiche Wettbewerbsbedingungen zu wahren und die EU-Banken im globalen Wettbewerb zu unterstützen. Drittens: Der Regulierungsrahmen für Banken sollte im Rahmen des übergeordneten Ziels der Kommission, den Verwaltungsaufwand zu verringern, vereinfacht werden. Das Vertrauen in das Bankensystem hänge von starken Sicherheitsvorkehrungen ab, doch unnötige Komplexität sollte abgebaut und die Anforderungen für Banken und Behörden gleichermaßen vorhersehbarer und transparenter gestaltet werden.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip\\_26\\_1637](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_26_1637)

### **Kommission; Initiativen zur Stärkung der Finanzkompetenz in der EU**

Die Kommission hat am 23.07.2026 zwei Initiativen im Rahmen der Strategie zur Förderung der Finanzkompetenz in der EU gestartet. Gemeinsam fördern sie die Übernahme bewährter Verfahren und verbessern die Qualität der Maßnahmen zur Förderung der Finanzkompetenz in der EU. Erstens startet die Kommission einen Aufruf zur Einreichung erfolgreicher Initiativen zur Förderung der Finanzkompetenz, um bewährte Verfahren in der gesamten EU zu ermitteln und zu sammeln. Einzelpersonen und Organisationen können bis zum 30.10.2026 Informationen zu bestehenden Projekten in den Bereichen Geldanlage, Sparen und Finanzrisikokompetenz einreichen. Zweitens sucht die Kommission nach Interessengruppen, die bereit sind, an einem Runden Tisch teilzunehmen, der Beiträge zu einem freiwilligen europäischen Verhaltenskodex für private und gemeinnützige Organisationen zur Förderung der Finanzkompetenz liefern soll. Der Kodex soll dazu beitragen, dass Initiativen transparente Ziele verfolgen, korrekte und unvoreingenommene Inhalte bieten und Schutzmaßnahmen zur Minderung von Interessenkonflikten enthalten. Der Aufruf läuft bis zum 16.09.2026. Ausgewählte Interessengruppen werden zur Teilnahme an einer Reihe von Sitzungen eingeladen, um die Ausarbeitung des Kodex zu unterstützen.

<https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/financial-literacy-best-practices-2026>

<https://ec.europa.eu/transparency/expert-groups-register/screen/calls-application?lang=en>

## Finanzen

### **EZB; Auswahl von 36 Zahlungsdienstleistern für die Teilnahme am Pilotprojekt zum digitalen Euro**

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat am 14.07.2026 36 Zahlungsdienstleister unter mehr als 50 Bewerbern aus der Eurozone für die Teilnahme am Pilotversuch zum digitalen Euro ausgewählt. Der Pilotversuch wird zur Vorbereitung für eine mögliche Ausgabe des digitalen Euros durchgeführt, um die technischen Funktionen und operativen Abläufe des digitalen Euros zu testen sowie die Nutzungserfahrung zu optimieren. Das Pilotprojekt soll in der zweiten Jahreshälfte 2027 beginnen und ist für die Laufzeit von 12 Monaten vorgesehen. Die ausgewählten Teilnehmer decken laut der EZB ein breites Spektrum an Geschäftsmodellen und Unternehmensgrößen ab und gewährleisten eine umfassende geografische Abdeckung. Die ausgewählten deutschen Institute sind die Deutsche Bank, die DZ Bank, die Landesbank

Hessen-Thüringen (Helaba), der Payment-Service-Provider Payone sowie der Zahlungsdienstleister RS2 Financial Services.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2026/html/ecb.pr260714~8cd07d9d45.de.html>

## Soziales

### **Kommission; Mitteilung zur Europäischen Säule sozialer Rechte**

Am 22.07.2026 hat die Kommission eine Mitteilung zur europäischen Säule sozialer Rechte angenommen. Darin bekräftigt die Kommission die Relevanz des Instruments und etabliert drei neue Handlungsfelder. Erstens werden neue Maßnahmen im Bereich der Bezahlbarkeit von Wohnraum und der Lebenshaltungskosten vorgesehen. Zur besseren Integration bislang nicht am Arbeitsmarkt beteiligter Personen startet eine erste Konsultationsphase mit den europäischen Sozialpartnern. Ein Akt für bezahlbaren Wohnraum soll in Q3 2026 vorgestellt werden. Zweitens hebt die Kommission die Bedeutung von KI für die Zukunft der Arbeit hervor. In dem Zusammenhang wird u.a. ein Quality Jobs Act angekündigt. Letztlich bekräftigt die Kommission das Ziel, bestehende soziale und territoriale Ungleichheiten weiter abzubauen. Vorgesehen sind u.a. Unterstützungsmaßnahmen für KMU bei der Umsetzung der Entgelttransparenzrichtlinie, die Vorbereitung einer Initiative Right to Stay zur Stärkung strukturschwacher Regionen sowie die Entwicklung einer EU-Jugendstrategie für den Zeitraum nach 2027. Die Säule dient als zentrales Instrument zur Sicherung von sozialer Gerechtigkeit, Chancengleichheit und sozialem Schutz in Zeiten gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und technologischer Veränderungen. Sie wurde 2017 eingeführt und gilt als gemeinsamer Orientierungsrahmen der Mitgliedstaaten im Bereich der Beschäftigungs- und Sozialpolitik.

[https://employment-social-affairs.ec.europa.eu/document/3ccd38e4-a2e4-4c38-9ab9-a5b5f275672e\\_en](https://employment-social-affairs.ec.europa.eu/document/3ccd38e4-a2e4-4c38-9ab9-a5b5f275672e_en)

### **Kommission; Leitlinien für soziale Investitionen durch EU-Beihilfevorschriften**

Die am 27.07.2026 veröffentlichten Leitlinien der Kommission bündeln erstmals die wichtigsten Informationen dazu, wie EU-Mitgliedstaaten soziale Unterstützung und soziale Investitionen im Einklang mit den EU-Beihilfevorschriften fördern können. Sie geben Orientierung bei der Ausgestaltung von Fördermaßnahmen. Darunter fallen etwa Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zur Finanzierung von Gemeinwohlverpflichtungen, wie sozialem Wohnungsbau und der Gesundheitsversorgung, sowie Beihilfen für die Beschäftigung benachteiligter oder behinderter Menschen, Aus- und Weiterbildung, Energieeffizienz sowie die Unterstützung von KMU und Start-ups. Zudem erläutern sie, welche Maßnahmen keine staatlichen Beihilfen darstellen und welche nach EU-Recht zulässig sind. Kommissionspräsidentin von der Leyen kündigte die speziellen Leitlinien im Rahmen des am 02.07.2025 veröffentlichten Deals für eine saubere Industrie (Clean Industrial Deal) an.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_26\\_1688](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1688)

## Landwirtschaft und Umwelt

### **Kommission; Reform des EU-Emissionshandelssystems (EU Emissions Trading System = ETS)**

Zeitgleich mit Vorlage eines Aktionsplans zur Elektrifizierung (siehe Beitrag unter Energie) wurde die Reform und Modernisierung des Emissionshandels als „ein Innovations- und Investitionsmotor für Wettbewerbsfähigkeit und Unabhängigkeit“ vorgestellt - unter Berücksichtigung des aktuellen geopolitischen Kontexts und wirtschaftlichem Druck sowie im Einklang mit dem Clean Industrial Deal. Konkret bezieht sich der ETS-Reformvorschlag der



Kommission insbesondere auf eine Anpassung der Zertifikatsobergrenze, eine Verlängerung der kostenlosen Zuteilungen und eine Mobilisierung von Investitionen. Vorgesehen ist eine Anpassung des ETS an das Reduktionsziel der Union für 2040 von 90% und des entsprechenden Reduktionsweges durch eine Anpassung des linearen Reduktionsfaktor (LRF) von 3,7 % für den Zeitraum 2031–2035 und von 1,7% für den Zeitraum 2036–2040. Damit soll eine Entlastung der Industrie unter gleichzeitiger Gewährleistung eines „robusten“ Emissionsmarktes sichergestellt werden. Im Ergebnis können damit Zertifikate bis in die 2040er Jahre weiter vergeben werden. Die Modernisierung der kostenlosen Zuteilung ermöglicht eine Ausweitung der Benchmark-basierten Zuteilung über das Jahr 2030 hinaus; ab 2031 soll die Vergabe der kostenlosen Zertifikate allerdings an Investitionen in der EU geknüpft werden. Die Bank für industrielle Dekarbonisierung soll ab dem Jahr 2030 laut EU-Kommission über 100 Milliarden Euro für die Dekarbonisierung der Industrie in ganz Europa bereitstellen. Vorher soll der ETS-Investitionsbooster (als Vorstufe dieser Bank) Mittel zur Verfügung stellen. Der EU-ETS-Innovationsfonds soll weiterhin kommerzielle Anwendungen innovativer sauberer Technologien in einer Vielzahl von Sektoren unterstützen. Die Mitgliedstaaten müssen außerdem die Hälfte ihrer nationalen Einnahmen aus dem ETS für Investitionen zur Dekarbonisierung der Sektoren ausgeben. Eine Unterstützung einkommensschwächerer Mitgliedstaaten bei der Modernisierung der Energiesysteme und des industriellen Wandels wird weiterhin durch den Modernisierungsfond sichergestellt.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip\\_26\\_1596](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_26_1596)

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/qanda\\_26\\_1598](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/qanda_26_1598)

## Justiz

### **Rat; Justiz-Rat tagt u.a. zu Vorratsdatenspeicherung und Familienrecht**

Am 17.07.2026 tagte zu Beginn der irländischen Ratspräsidentschaft der Justiz-Rat informell in Dublin. Diskutiert wurde zunächst über Maßnahmen zur Vorratsdatenspeicherung. Durch sie sollen Strafverfolgungs- und Justizbehörden unter uneingeschränkter Achtung der Grundrechte effektiven und rechtmäßigen Zugriff auf Daten haben, um Straftaten zu untersuchen und zu verfolgen. Weiteres Thema war die Anpassung der Familienrechtssysteme in Europa an die spezifischen Rechte, Interessen und Bedürfnisse von Kindern. Dabei ging es auch um die Sensibilisierung für ihre Beteiligung an familienrechtlichen Verfahren bei Entscheidungen, die sie betreffen (z.B. Vormundschaft, Umgangsrecht und Sorgerecht). Außerdem befasste sich der Rat mit Maßnahmen zur Bekämpfung der schädlichen Auswirkungen gewalttätiger oder extremer Pornografie auf die sexuelle Entwicklung und das Sexualverhalten, insbesondere durch die Verzerrung des Verständnisses von Einwilligung und der Grenze zwischen Sex und sexueller Gewalt.

<https://irish-presidency.consilium.europa.eu/en/news/minister-o-callaghan-advances-talks-on-data-retention-children-s-rights-and-online-harms-at-justice-informal-meeting/>

### **Kommission; Rechtsstaatlichkeitsbericht 2026 vorgelegt**

Die Kommission hat am 17.07.2026 ihren siebten jährlichen Bericht über die Rechtsstaatlichkeit vorgelegt und den Stand der Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten der EU und den vier EU-Erweiterungskandidatenländern Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien bewertet. Betont wird darin die Bedeutung der Rechtsstaatlichkeit für Wohlstand, Sicherheit und Resilienz, das Funktionieren des Binnenmarkts und die Rahmenbedingungen für Unternehmen. Der Bericht soll nach Ansicht der Kommission künftig beim EU-Haushalt 2028-2034 (MFR) eine wichtige Rolle spielen, v.a. bei nationalen und regionalen Partnerschaftsplänen (NRPP). Inhaltlich hat der Bericht vier Schwerpunkte: Unabhängige Justizsysteme, Korruptionsbekämpfung, Medienfreiheit und Institutionelle Gewaltenteilung.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_26\\_1613](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1613)



### **Rat; informelle Tagung des Innenrats**

Am 16.07.2026 haben sich die EU-Innenministerinnen und -Innenminister zu einer informellen Tagung in Dublin getroffen. Zu den erörterten Themen gehörten (1) die Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sowohl mit Drittstaaten als auch der Privatwirtschaft (hier: Public-Private Partnerships wie die „Europäische Hafenallianz“) bei der Bekämpfung von kriminellen Netzwerken, (2) die Nutzung der Möglichkeiten gemäß der kürzlich veröffentlichten EU-Visastrategie, zur Stärkung der inneren Sicherheit der EU die visumfreie Einreise in die EU aus feindlich gesinnten Drittstaaten einzuschränken sowie (3) eine mögliche Intensivierung des Informationsaustauschs mit vertrauenswürdigen Drittstaaten zur Verbesserung der Entscheidungsfindung in den Bereichen innere Sicherheit und Migrationssteuerung zur Bekämpfung von Kriminalität und irregulärer Migration.

<https://irish-presidency.consilium.europa.eu/en/news/irish-presidency-gathers-ministers-for-talks-on-issues-related-to-security-and-migration/>

### **Rat; Wiedereinführung der sog. CSA-Interims-VO (sexueller Missbrauch von Kindern im Internet)**

Die sog. CSA-Interims-Verordnung sah zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet vorübergehende Ausnahmen von bestimmten Vorgaben der Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation vor und erlaubten Providern dadurch, auf freiwilliger Basis, Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern automatisiert aufzudecken, an Strafverfolgungsbehörden zu melden und zu löschen. Diese Interims-Verordnung – eine Übergangslösung bis zum Abschluss der Trilog-Verhandlungen über einen dauerhaften Rechtsrahmen – lief am 03.04.2026 aus, nachdem sich der Rat und das EP nicht auf eine Verlängerung hatten einigen können. Am 09.07.2026 billigte das EP bei einer erneuten Abstimmung die Wiedereinführung der Interims-Verordnung bis zum 03.04.2028 im Grundsatz, sprach sich aber dafür aus, den Geltungsbereich zukünftig einzuschränken und Kommunikation, bei der Ende-zu-Ende-Verschlüsselung verwendet wurde oder wird, auszunehmen (vgl. BaB 14/2026). Der Rat hat am 23.07.2026 hierzu nun grünes Licht gegeben. Die Interims-Verordnung ist am 31.07.2026 (wieder) in Kraft getreten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/07/23/fighting-child-sexual-abuse-online-interim-measure-protecting-children-now-reinstated/>

## Vorschau

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

### Rat

|            |                                                                                    |
|------------|------------------------------------------------------------------------------------|
| 01.09.2026 | Informelle Tagung der Verteidigungsminister<br>Informelle Tagung der Außenminister |
| 02.09.2026 | Informelle Tagung der Außenminister                                                |
| 03.09.2026 | Informelle Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten)                           |
| 04.09.2026 | Informelle Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten)                           |

### Europäischer Gerichtshof

02.09.2026

Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-357/24 Opera Norway / Kommission – Nichtbenennung von Microsoft als Torwächter in Bezug auf Edge

02.09.2026

Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-120/24 Global Legal Action Network und CAN-Europe / Kommission – Treibhausgasemissionen: Zuweisungen an die Mitgliedstaaten für 2023 bis 2030

03.09.2026

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-147/25 Inter Rao Lietuva – Restriktive Maßnahmen: Zeitpunkt und Umfang der gerichtlichen Kontrolle (LIT)

03.09.2026

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-798/24 Jauvita – Zugang zu Informationen über die Aktionäre von Aktiengesellschaften (LET)

03.09.2026

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-661/24 Académie Fiscale u. a. – Vorratsdatenspeicherung in BEL

03.09.2026

Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in den Rechtssache C-193/25 POL / Parlament und Rat – Behandlung von kommunalem Abwasser: Erweiterte Herstellerverantwortung

03.09.2026

Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in den Rechtssache C-320/25 Lertimene – Ausschluss vom Auswahlverfahren der italienischen Polizei wegen einer Tätowierung (ITL)

03.09.2026

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-394/25 Volta – Integrationsprüfung im Ausland vor Familiennachzug in die NDL

03.09.2026

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-228/25 P MegaFon / Rat – Restriktive Maßnahmen: Russland

08.09.2026

Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-298/23 Inter IKEA-Systems – Verwendung der Marke IKEA für politische Kampagne (BEL)

08.09.2026

Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-163/24 Statul Român – Ministerul Finanțelor Publice und Curtea de Apel București – Staatshaftung wegen Verstoßes gegen Unionsrecht – Vorlagepflicht letztinstanzlich entscheidender Gerichte (ROM)

08.09.2026

Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-293/24 Ferreira da Silva e Brito u.a. – Staatshaftung wegen Verstoßes gegen Unionsrecht: Vorlagepflicht letztinstanzlich entscheidender Gerichte (PTL)

08.09.2026

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den verbundenen Rechtssachen C-271/25 Autovici und C-334/25 Skinest Baltija – Ausschluss von Vergabeverfahren aus Gründen der nationalen Sicherheit (LIT)

08.09.2026

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in den verbundenen Rechtsmittelsachen C-296/25 P und C-297/25 P Polen / Kommission (Rückforderung durch Aufrechnung von als vorläufige Maßnahme verhängten Strafzahlungen) – Polnische Justizreform von 2019: Verrechnung von Zwangsgeldern

09.09.2026

Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-1139/23 Booking Holdings / Kommission – Geplante Übernahme von eTraveli durch Booking

10.09.2026

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-669/24 Verbraucherzentrale Bundesverband (Einseitige Änderung der Vertragsbedingungen) – Einseitiger Änderungsvorbehalt in Allgemeinen Geschäftsbedingungen (DEU)

10.09.2026

Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-148/25 Ryanair / Kommission – Staatliche Beihilfen: Flughafen Frankfurt-Hahn

**Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 04.09.2026.**

## Abkürzungsverzeichnis

|                                                                                            |       |
|--------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| <b>Europäisches Parlament</b>                                                              |       |
| Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)                                   | EVP   |
| Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament | S&D   |
| Fraktion Renew Europe                                                                      | RENEW |
| Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz                                             | GRÜNE |
| Europäische Konservative und Reformisten                                                   | ECR   |
| Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke            | LINKE |
| Fraktionslos                                                                               | FL    |
| Patrioten für Europa                                                                       | PfE   |
| Europa der souveränen Nationen                                                             | ESN   |
| <b>EU-Mitgliedstaaten</b>                                                                  |       |
| Belgien                                                                                    | BEL   |
| Bulgarien                                                                                  | BUL   |
| Dänemark                                                                                   | DNK   |
| Deutschland                                                                                | DEU   |
| Estland                                                                                    | EST   |
| Finnland                                                                                   | FIN   |
| Frankreich                                                                                 | FRA   |
| Griechenland                                                                               | GRI   |
| Irland                                                                                     | IRL   |
| Italien                                                                                    | ITL   |
| Kroatien                                                                                   | KRO   |
| Lettland                                                                                   | LET   |
| Litauen                                                                                    | LIT   |
| Luxemburg                                                                                  | LUX   |
| Malta                                                                                      | MTA   |
| Niederlande                                                                                | NDL   |
| Österreich                                                                                 | AUT   |
| Polen                                                                                      | POL   |
| Portugal                                                                                   | PTL   |
| Rumänien                                                                                   | ROM   |
| Schweden                                                                                   | SWE   |
| Slowakei                                                                                   | SLK   |
| Slowenien                                                                                  | SLO   |
| Spanien                                                                                    | ESP   |
| Tschechische Republik                                                                      | CZR   |
| Ungarn                                                                                     | HUN   |
| Zypern                                                                                     | CYP   |
| <b>Länder außerhalb der EU</b>                                                             |       |
| Vereinigtes Königreich                                                                     | GBR   |
| Vereinigte Staaten von Amerika                                                             | USA   |